

## Newsletter 25

## Juni 2025

Liebe Mitglieder im Landesverband, liebe Freundinnen und Freunde der Gemeinschaftsschule, liebe Gemeinschaftsschulinteressierte,

Folgende Beiträge könnt ihr, können Sie in diesem Newsletter lesen:

1. Das Editorial der beiden Landesvorsitzenden ([Seite 2](#))
2. Nachruf auf Susanne Graf (Beisitzerin im Landesvorstand der GGG) ([Seite 3](#))
3. Willkommensgruß an die neue Bildungsministerin Frau Dr. Stenke. ([Seite 4](#))
4. Bilanz der bisherigen Bildungsministerin Karin Prien ([Seiten 5/6](#))
5. Einladung zu einer Online-Veranstaltung der Initiative „Flexible Oberstufe“ ([Seite 7](#))
6. Stellungnahme der GGG im Rahmen der Anhörung zur Neufassung der „Landesverordnung zur Gleichstellung von ausländischen Lehrkräfteberufsqualifikationen“ ([Seiten 8/9](#))
7. Tomony.Schools: Einladung zum Online-Lehrkräftetraining zur Prävention psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen. ([Seite 9](#))
8. Remonstrationsschreiben Kontingentstundentafel : Eine Initiative der GGG ([Seiten 10/11](#))
9. Das AfD-Gutachten und die schulische Demokratiebildung. Ein Kommentar von Cornelia Östreich ([Seite 12](#))
10. Christa Lohmann erläutert die Bildungsvorstellungen der AfD ([Seiten 13/14](#))
11. Neuer Newsletter GGG-Bund ([Seite 14](#))

Euer/Ihr Gemeinschaftsschulverband

Impressum: GGG-Landesverband Schleswig-Holstein

Gemeinschaftsschulverband

c/o Johann Knigge-Blietschau und  
Düppelstr. 67

24105 Kiel

johannknigge-blietschau@ggg-web.de / corneliaoestreich@ggg-web.de

Dr. Cornelia Östreich  
Teßdorfstr. 21

23611 Bad Schwartau



*Liebe Mitglieder und Interessierte,*

unser Newsletter beginnt mit einer traurigen Nachricht: Susanne Graf, langjähriges Vorstandsmitglied der GGG Schleswig-Holstein, ist nach kurzer schwerer Krankheit gestorben. Ein Nachruf befindet sich gleich im Anschluss an dieses Editorial.

Die aktuelle Kürzungspolitik, die von der Landesregierung aufgrund einer Haushaltsnotlage betrieben wird, betrifft auch die Bildung und hier überproportional die Gemeinschaftsschulen. Wir finden: An der Bildung sollte überhaupt nicht gespart werden – schon gar nicht in einem Bundesland, dessen schulische Leistungen unter dem Bundesdurchschnitt liegen! Da es in Schleswig-Holstein auch an der Bildungsgerechtigkeit hapert, sind zudem Kürzungen im Bereich des inklusiven Schulwesens besonders kontraproduktiv.

Die GGG hat diese Kritik bereits gegenüber Bildungsministerin Karin Prien angebracht, die unter der neuen Bundesregierung jetzt auf die höhere Ebene wechselt.

Dass es in einigen Sachfragen auch positive Zusammenarbeit gab, ist unbenommen. Dazu mehr in diesem Newsletter auf den Seiten 5 und 6. Priens Nachfolgerin wird ihre bisherige Staatssekretärin Dorit Stenke, die somit bestens mit den Bildungsthemen des Landes vertraut ist. Der GGG-Vorstand wird so rasch wie möglich das Gespräch mit ihr suchen.



Ein Thema, das besonders dringend angegangen werden muss, ist das drohende Auseinanderfallen der schleswig-holsteinischen Schullandschaft in die alte Dreigliedrigkeit, da insbesondere die Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe bei der Gewinnung von Lehrkräften massiv benachteiligt sind. Aber auch die Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe haben infolge von gesellschaftlichen Veränderungen, mit denen die Bildungspolitik des Landes nicht Schritt gehalten hat, mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Ein starker Beitrag zur Inklusion in der Sek I und zunehmende Belastungen bei Schüler\*innen und Lehrkräften führen dazu, dass an vielen Gemeinschaftsschulen die Oberstufen schrumpfen. Hier muss von der Politik gegengesteuert werden.

Stichwort Politik: Neben einer Aufforderung, zur Auslandslehrkräfte-Verordnung Stellung zu nehmen (s. im Folgenden S.8), erreichte die GGG kürzlich auch eine Anfrage „Schulkultur gegen Rechtsextremismus“. Die Stellungnahme dazu muss noch geschrieben werden, wird aber somit vom jüngst bekanntgewordenen Bericht des Verfassungsschutzes profitieren. Eine Schulkultur, die gegen Rechtsextremismus wirksam sein soll, kann eben nicht auf falsch verstandener „Neutralität“ beruhen, sondern nur auf einem klaren Bekenntnis zu Grundgesetz und Menschenrechten! Vor diesem Hintergrund sollte die Verpflichtung im Erlass für politische Bildung, die AfD vor Wahlen in schulische Podien einzuladen, dringend überdacht werden.

Über diese Themen hat der Landesvorstand auch in seiner Klausurtagung am 17. Mai beraten. Im November werden wir vor der Mitgliederversammlung eine Fortbildung mit dem Thema „Gemeinschaftsschulen – attraktiv und zukunftsfähig!“ anbieten. Schwerpunkte sind die Themen: „Selbstreguliertes Lernen – ein notwendiger Schritt in der Schulentwicklung?“ und „Welche Rolle spielt eine Oberstufe für die Entwicklung unserer Schulform?“

Dr. Cornelia Östreich, Johann Knigge-Blietschau



Als GGG sind wir tief betroffen über Susannes Tod. Wir haben sie über all die Jahre als eine zuverlässige und lebensfrohe Mitstreiterin für eine Schule, in der alle anerkannt und mitgenommen werden, schätzen gelernt. Bei Susanne waren Haltung und Engagement in einem tiefen Einklang. Insbesondere lag ihr die Realisierung einer inklusiven Schule am Herzen. Über viele Jahre hat sie die GGG am „Runden Tisch Inklusion“ vertreten.

Wir erinnern uns besonders gern an die intensive Zusammenarbeit mit Susanne, als wir die Wanderausstellungen „Schule verändern“ vorbereiteten. Wir haben uns dazu oft in der Toni-Jensen-Gesamtschule getroffen, in der Susanne seit der Gründungsphase bis zur Pensionierung als Lehrerin und Mitglied des Schulleitungsteams tätig war. Sie hatte immer die technisch notwendigen Vorkehrungen getroffen, immer mit angepackt und vor allem großartige Ideen für das Layout der Veröffentlichung gehabt

Dieter Zielinski und Christa Lohmann hatten Susanne noch besuchen wollen, nachdem wir von ihrer schweren Krankheit erfahren hatten. Aber dann ging alles viel schneller als wir glauben möchten. Um Susannes Andenken zu ehren, hätten wir gern Blumen geschickt – aber sie hatte um eine Spende an die Lebenshilfe gebeten, was gut zu ihr passt. Das haben wir gern getan.

In Anteilnahme  
für den Landesvorstand der GGG Schleswig-Holstein  
Johann Knigge-Blietschau



Grafik von Susanne Graf

### **Begrüßung der neuen Ministerin Dr. Stenke**

Die GGG Schleswig-Holstein gratuliert Dr. Dorit Stenke herzlich zur Berufung als Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein. Wir freuen uns aufrichtig, dass sie diese zentrale Rolle übernimmt, da wir uns schon in den vergangenen Jahren von Ihrem Engagement für die Sache, Ihrer Fachkompetenz und Ihrer Gesprächsbereitschaft überzeugen konnten.

Die Probleme sind ihr darum bekannt: Die Versorgung mit Lehrkräften steht häufig in einem Missverhältnis zu den Aufgaben der gesellschaftlichen Integration, die die Gemeinschaftsschulen stemmen müssen. Die jüngsten Kürzungen haben diese Situation an vielen Schulen noch verschärft. Die Gemeinschaftsschulen müssen jedes Jahr über Tausend Schülerinnen und Schüler aufnehmen, die vom Gymnasium abgeschult wurden. Ungünstige Strukturen in der Ausbildung (Stichwort Mischmaster) führen weiterhin dazu, dass an den Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe zu wenig Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst ankommen. Gemeinschaftsschulen unterstehen unterschiedlichen Schulaufsichten, was von Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe vielfach als diskriminierend angesehen wird. Für einige Fächer, die an Gemeinschaftsschulen unterrichtet werden, gibt es keine angemessene Ausbildung.

Wir wissen, dass diese Probleme auch im Ministerium gesehen werden. Wir wünschen Frau Dr. Stenke einen guten Start in ihr neues Amt und freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit.



Dr. Dorit Stenke bei der Eröffnung des GGG-Elterntages 2017 in Barsbüttel  
Eigenes Foto



### Die Prien-Dekade – eine Bilanz

Von Juni 2017 bis Mai 2025 war Karin Prien Bildungsministerin des Landes Schleswig-Holstein. Zeit für eine Bilanz ihrer Amtszeit.

Für viele Kolleginnen und Kollegen ist Prien ein rotes Tuch. Sie ist für sie die Chiffre für alles, was in der Schule falsch läuft: Lehrkräftemangel, Arbeitszeitverdichtung und zunehmende Probleme unserer Schülerinnen und Schüler.

Und letzteres ist auch wirklich der entscheidende Maßstab für den Erfolg einer Bildungsministerin. Da sieht es nicht gut aus.

Da Bildungsstudien immer eine Zeit brauchen, bis sie veröffentlicht werden, ist eine der Neuesten der IQB-Bildungstrend von 2022. Zwischen 2015 und 2022 hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die den Mindeststandard ESA im Lesen verfehlen, um etwa 10% gesteigert. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die den Mindeststandard MSA im Lesen verfehlen, um knapp 15%. Dabei fiel die Leseleistung sowohl bei Kindern mit mehr als 100 Büchern im Haushalt ab als auch bei jenen, die weniger als 100 Bücher im Haushalt hatten – bei letzteren aber besonders stark.

Die Pisa-Ergebnisse kommentierte Prien selbst 2023 in vernichtender Art und Weise: „Sie reißen sich ein in die Ergebnisse der nationalen Studien und sie sind besorgniserregend und nicht hinnehmbar“. PISA liefere zwar keine expliziten Informationen zu Schleswig-Holstein, gebe aber wertvolle Hinweise auf die Ursachen: „Erstens waren die langen Schulschließungen während der Pandemie ein Fehler, dessen dramatische Auswirkungen an den Schulen noch immer zu spüren sind.

Eine zweite wesentliche Ursache ist die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft in unseren Klassenzimmern“, sagte sie. Drittens habe sich erneut gezeigt, dass in Deutschland der Bildungserfolg stärker von der sozioökonomischen Herkunft und dem Zuwanderungshintergrund abhängt als in anderen OECD-Staaten. Prien: „Eine vierte Erkenntnis ist, dass Jugendliche sich in Deutschland von Schule und Eltern schlecht begleitet fühlen.“ Es ist Prien anzurechnen, dass sie die mangelnde Bildungsgerechtigkeit so schonungslos benannte – aber nach sechs Jahren eigener Amtszeit ist sie eben auch ein schlechtes Zeugnis.

Diesem schlechten Befund stand eine erfolgreiche Periode von 2009 bis 2015 gegenüber: Die Risikogruppe der funktionellen Analphabet\*innen verringerte sich erheblich. Warum? Wegen der Schulreform. Der Erfolg wurde ausschließlich in den Gemeinschaftsschulen erzielt, die in diesem Zeitraum überall in Schleswig-Holstein gegründet wurden. Der Abschied vom gegliederten Schulsystem öffnete für viele Schülerinnen und Schüler neue Pfade: Die inklusive Beschulung ermöglichte den Kontakt mit positiven Lernvorbildern. Neue Perspektiven ermutigten die Lernenden. Und warum setzte sich dieser positive Trend nicht fort – die Gemeinschaftsschulen sind doch noch da?

Manche Probleme lassen sich schwer lösen. Lehrkräfte wachsen nicht auf Bäumen. Fachkräftemangel ist ein Kennzeichen nahezu aller Branchen. An vielen Schrauben wurde durchaus gedreht. In einer Laudatio über Prien habe ich gelesen, sie sei vor allem durch innovative Konzepte aufgefallen. Richtig ist, dass sie keine Scheu vor Modernisierung hatte: Datenbasierte Schulentwicklung, offene Lernformen, Förderung von Social Entrepreneurship oder Lernen durch Engagement, die Experimentierklausel – viele bunte Projekte.

In Strukturfragen aber: Stillstand. Das Zwei-Säulen-Modell wurde zementiert. In den acht Jahren von Prien entwickelte sich darum, was Skeptiker\*innen im Zwei-Säulen-Modell schon immer befürchtet haben. Gemeinsames Lernen und daneben eine „höhere“ Schulform – das ist unlogisch und dysfunktional.

Wenn es ein Gymnasium gibt, zieht es viele starke Lernerinnen und Lerner an und alle Kinder, die Unterstützungsbedarf brauchen, sind an den Gemeinschaftsschulen. Diese Säule gerät dann in Schieflage. Damit ein Zwei-Säulen-Modell trotzdem funktioniert und die integrierten Schulen nicht zu Restschulen werden, muss aktiv und ständig gegengesteuert werden. Das ist in Schleswig-Holstein nicht passiert.

Wir wollen nicht ungerecht sein. Die Prien-Dekade zeichnet sich auch durch einiges Positive aus: Der Kulturkampf gegen das gemeinsame Lernen von konservativer Seite wurde beendet. Gemeinschaftsschulen sind ein fest etablierter Baustein des Systems. Allerdings der dem Gymnasium nachgeordnete, was sich insbesondere in der Versorgung mit ausgebildeten Lehrkräften zeigte. Prien hat das nicht intendiert, sie hat die Gemeinschaftsschulen nicht aktiv diskriminiert. Sie hat mit dem Perspektivschulprogramm die Schulen in den schwierigsten Lagen unterstützt, damit sie weiter arbeiten können. Aber sie wusste, dass entschlossene Maßnahmen zugunsten der Gemeinschaftsschulen zwingend zulasten des Gymnasiums gehen mussten.



Karin Prien  
Foto: CDU-Fraktion des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Hamburg hat einen wirksamem Sozialindex. Schulen, die viele soziale Problemlagen auffangen müssen, bekommen mehr Ressourcen, vor allem Lehrkräfte. Schulen, die weniger Probleme lösen müssen, bekommen weniger Ressourcen. Das funktioniert. In Hamburg sind die sozialen Unterschiede beim Bildungserfolg nicht gewachsen. Ein solcher Sozialindex würde in der Mangelsituation, in der wir sind, dazu führen, dass die Lehrkräfteversorgung an den Gymnasien unter 100% fällt. Prien war überzeugt, dass sie als CDU-Bildungsministerin solche Schritte nicht verantworten durfte und konnte. Stellenstreichungen, die vor allem die Gemeinschaftsschulen treffen, wie bei der jüngsten Novelle der Kontingentstundentafel, das hingegen wusste sie, würden keinen Sturm auslösen. Und so war es auch. Prien wusste auch, dass strengere Leistungskontrollen nur Verbesserung simulieren. Aber der Philologenverband hat applaudiert, darauf kam es an. Sie war eine Pragmatikerin – im positiven wie im negativen Sinne. Die Grenzen des Machbaren waren ihr sehr klar.

Karin Prien war ebenfalls klar in der Abgrenzung nach rechts. Demokratiebildung war ihr ein wichtiges Anliegen. Die einzige Ausnahme: pragmatisch. Wenn ihr Parteivorsitzender sich mal wieder im Ton vergriffen oder Mehrheiten im Bundestag mit der AfD hergestellt hatte, verteidigte seine Stellvertreterin ihn loyal für Äußerungen, die ihr nie über die Lippen gekommen wären, und Handlungen, die sie niemals in Erwägung gezogen hätte. Nun ist sie Bildungsministerin. Mission completed.

Was diese fachlich unangreifbare und machtbewusste Politikerin im Amt der Bundesbildungsministerin will, war zuerst nicht ganz klar. Die Bildungsministerin von Schleswig-Holstein war eine äußerst mächtige Position. Sie war die Herrin über Schulen und Universitäten mit dem zweitgrößten Etat (34%). Im Bund hat sie jetzt noch 7,5% der Mittel unter sich und es gibt kaum Institutionen, denen gegenüber sie weisungsbefugt ist. Aber ihre erste Regierungserklärung hat deutlich gemacht: Sie will die Bedeutung des Bundes deutlich ausbauen und Bildungsgerechtigkeit ist ihr ein Anliegen. Soweit sie das gemeinsame Lernen fördert, hat sie dabei unsere Unterstützung.

Die GGG Schleswig-Holstein wünscht Karin Prien alles Gute. Wir bedanken uns für respektvolle Gespräche und hoffen, dass sie im Kabinett Merz als eine entschiedene Stimme in der Abgrenzung nach rechts wirkt. Vielleicht hat sie nun mehr Gelegenheit, dem Kanzler vom einen oder anderen Impuls abzuraten und muss ihn dann seltener verteidigen. Dann bleibt mehr Zeit zur Verteidigung der Demokratie.





**Flexible  
Oberstufe**



**Zukunftsfähiges  
Abitur**

Herzliche Einladung zur Online-Werkstatt der Initiative Flexible Oberstufe:

**„Digital-hybride Konzepte für eine zukunftsfähige Oberstufe“**

**Montag 30. Juni 2025**

**17:30- 19:30**

**Online-Veranstaltung**

*Die Gestaltung von Unterricht in der Oberstufe steht zunehmend vor der Herausforderung, klassische Lehrformate mit digitalen Möglichkeiten zu verbinden. Wie können wir Unterricht so gestalten, dass er sowohl den Anforderungen der Zukunft gerecht wird als auch die Selbstlernkompetenz der Schülerinnen und Schüler stärkt und Teamarbeit fördert? Welche Möglichkeit eröffnen digitale Tools zu neuen zukunftsfähigen Lern- und Prüfungsformaten? Welche Ideen und Konzepte gibt es bereits?*

*Im Fokus der Veranstaltung stehen u.a. folgende Aspekte:*

**digital-hybride kooperative Oberstufenkurse**

- Oberstufenkurse mit kleinen Anmeldezahlen kooperativ mit anderen gestalten mit digitalen Elementen
- international kooperieren bei Oberstufenkursen z.B. mit Schulen in Afrika oder Nahem Osten

**Digital-hybride Teilnahme von speziellen Schüler\*innen** (Langzeitkranke, Hochleistungssportler\*innen, ...)

**e-Portfolios**

**Digitale außerschulische Formate**

**Abitur online? Vorstellung von Modellen**

Ihre Anmeldung erbitten wir unter:

Online-Werkstatt am 30. Juni: "Digital-hybride Konzepte für eine zukunftsfähige Oberstufe" — Bündnis für ein zukunftsfähiges Abitur"

# Stellungnahme GGG

## **Zur Neufassung der Landesverordnung zur Gleichstellung von ausländischen Lehrkräfteberufsqualifikationen**

Die vorliegenden Regelungen sind für die Lehrkräftegewinnung an Gemeinschaftsschulen von großer Bedeutung. An vielen Gemeinschaftsschulen arbeiten Lehrkräfte mit ausländischen Lehramtsqualifikationen. Sie leisten wertvolle Arbeit und die Gewinnung weiterer Lehrkräfte mit ausländischen Lehramtsqualifikationen ist unerlässlich.

Gleichzeitig hören wir aus den Kollegien, von Schulleitungen und auch aus den Ausbildungsinstitutionen, dass es insbesondere mit der sprachlichen Qualifikation von Bewerberinnen und Bewerbern Probleme gibt, manchmal auch mit anderer Lehr- und Lernkultur in den Herkunftsländern. Diese Probleme sind häufig erheblich, aber bei entsprechender Unterstützung zu meistern. Da wir es uns nicht leisten können, potenziell gute Lehrkräfte zu verlieren, gehen die angestrebten Neuerungen des Erlasses in die richtige Richtung.

Positiv sehen wir insbesondere die Einführung von Teilzeitregelungen, die Tatsache, dass Unterrichtsstunden erst ab dem zweiten Halbjahr bewertet werden sollen, die flexiblen Regelungen zur Erteilung von Unterricht im ersten Halbjahr und insbesondere die Einführung eines verbindlichen Sprachkurses bei gleichzeitiger Verringerung der Unterrichtsverpflichtung. Sehr gut erscheinen uns auch die variablen Regelungen zur Dauer des Anpassungslehrganges von 12 bis höchstens 36 Monaten sowie die Einführung einer Teilzeitregelung.

Irritierend ist in diesem Zusammenhang allerdings eine „soll“-Regelung in § 10 Abs. 1: „Der Anpassungslehrgang soll zwölf Monate nicht unterschreiten“. Warum steht hier keine verbindliche Formulierung? („darf ... nicht“)

Kritisch sehen wir die Beschränkung des verbindlichen Sprachkurses auf ein halbes Jahr. Wenn sprachliche Defizite so erkennbar sind, dass ein Sprachkurs notwendig erscheint, ist eine Erreichung eines Sprachniveaus, das für erfolgreichen Unterricht ausreicht, innerhalb eines halben Jahres unrealistisch. Der verbindliche Sprachkurs sollte auf mindestens zwei Halbjahre angesetzt werden und die Regelungen des ersten Halbjahres (kein eigenverantwortlicher Unterricht, keine benoteten Unterrichtsstunden) sollten für die Dauer des verbindlichen Sprachkurses gelten. Eine Verlängerung des Vorbereitungsdienstes ist dabei hinzunehmen, wobei die vorgeschlagene Höchstdauer von 36 Monaten Bestand haben sollte.

Für die anschließende Zeit sollten Lehrkraft und Ausbildungsinstitutionen (Schule und IQSH oder SHIBB) gemeinsam entscheiden können, ob eine Fortsetzung des Sprachkurses sinnvoll ist. In diesem Falle sollten wie im ersten Halbjahr 5 Stunden Unterricht entfallen.

Weiterhin ist unklar, ob beziehungsweise in welchem Umfang ab dem 2. Halbjahr noch Teamteaching oder angeleiteter Unterricht erteilt werden soll. Da diese engen Formen der Kooperation eine sehr wirksame Form der Ausbildung darstellen, wäre das höchst sinnvoll.

Solche Unterrichtsformen sollten eigenverantwortlichen Unterricht ersetzen. Nicht transparent ist die Verantwortung für die Organisation und die Bezahlung des verbindlichen Sprachkurses. In § 11 Abs. 1 heißt es „Der verpflichtende Sprachkurs gemäß § 12 Absatz 2 Nummer 7 wird durch externe Sprachschulen durchgeführt.“ Die Bezahlung oder Organisation des Kurses ist im Erlass aber nicht geregelt. Wenn die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eigenständig und auf eigene Kosten eine Sprachschule suchen müssten, wäre das klar abzulehnen. Falls das nicht intendiert ist, muss der Text deutlicher formuliert werden.

Die Eignungsprüfung hat sich als ein besonders fehleranfälliges Instrument erwiesen. Oft haben Lehrkräfte die Herausforderung unterschätzt, in einem anderen Land als dem Heimatland zu unterrichten und scheiterten. Sehr gut ist es, dass diese jetzt die Möglichkeit bekommen, anschließend noch einen Anpassungslehrgang zu absolvieren.



Zum Schluss: Die Gewinnung ausländischer Lehrkräfte für Schulen ist ein wichtiges Ziel. Unter der bisherigen Regelung haben diese Lehrkräfte oft zu wenig Unterstützung erhalten. Sie müssen ohne sprachliche Unterstützung eigenverantwortlichen und benoteten Unterricht erteilen. Wenn sie dabei scheitern, ist das eine Katastrophe für den beruflichen Werdegang der Bewerberinnen und Bewerber und ein Verlust für die Schulen. Der Erlass geht hier in die richtige Richtung, insbesondere bei der sprachlichen Unterstützung - vorausgesetzt, der Sprachkurs wird vom Land übernommen und finanziert. Dieser Ansatz sollte noch verstärkt werden. Wenn wir durch mehrjährige Sprachkurse gute Lehrkräfte für die Schulen gewinnen, ist das eine Investition in die Zukunft dieser Lehrkräfte, unserer Schulen und unserer Schülerinnen und Schüler.

## TOMONI.SCHOOLS

### **Tomoni.schools**

#### **Einladung:**

*Online-Lehrkräftetraining zur Prävention psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen*

Bei "tomoni.schools" lernen Lehrkräfte Anzeichen psychischer Erkrankungen bei Schüler\*innen zu erkennen, diese wertschätzend anzusprechen und die Schüler\*innen und deren Familien an ein geeignetes Hilfesystem weiterzuleiten.

Interessierte Lehrkräfte erhalten einen kostenlosen Zugang zum Präventionsprogramm "tomoni.schools" und somit die Möglichkeit, ihre eigenen Kompetenzen im Bereich psychische Gesundheit mit Hilfe von Expert\*innen zu schulen.

Näheres unter: [www.med.uni-wuerzburg.de/dzpp/studien/tomonischools](http://www.med.uni-wuerzburg.de/dzpp/studien/tomonischools)

Sie möchten mit Ihrer Schule an der Studie teilnehmen?

Dann schreiben Sie eine Mail an: [tomoni.schools@ukw.de](mailto:tomoni.schools@ukw.de)



# REMONSTRATION ZUR KONTINGENTSTUDENTAFEL

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Kürzungen der Kontingentstundentafel haben an vielen Schulen zu Stellenkürzungen geführt. Das ist in einer Bildungs-  
krise, wie wir sie derzeit haben, nicht hinnehmbar.

Wer nach einer dienstlich rechtssicheren und trotzdem unmissverständlichen Protestmöglichkeit gegen die Kürzungen der  
Kontingentstundentafel sucht, möge den anliegenden Protestbrief verwenden, der bereits von einigen Gemeinschafts-  
schulen verwendet wurde.

Die GGG-SH stellt ihn allen interessierten Kollegien zur Verfügung.

---

Der Personalrat Gemeinschaftsschule XYZ

SCHULORT, DATUM 2025

An die  
Abteilung für Schulgestaltung,  
Qualitätssicherung und Aufsicht  
allgemeinbildende Schulen,  
Förderzentren und Berufliche Bildung  
z. Hd. Herrn Halbe

## **Stellungnahme des Personalrats und Kollegiums der XYZ-Schule zur geänderten Neufassung der Kontingent- stundentafel**

Sehr geehrter Herr Halbe,

Hiermit möchten wir zur geänderten Neufassung der Kontingentstundentafel unter Einhaltung des Dienstwege-  
s kritisch Stellung nehmen und unsere ernsthafte Besorgnis im Hinblick auf die Konsequenzen zum Ausdruck  
bringen. Da bisherige Eingaben und Stellungnahmen (u. a. der Schulleiter des Landes Schleswig-Holstein und  
des Gemeinschaftsschulverbandes), aber auch Proteste von Gewerkschaften zu keiner Änderung führten und  
diesbezügliche Eingaben sogar unbeantwortet blieben, sehen wir uns nunmehr gezwungen, in eindringlicher  
Form vor den Auswirkungen des jüngsten Erlasses zu warnen. Wir machen damit nicht nur von unserem Recht  
auf Anhörung auf dem Dienstweg Gebrauch, sondern sehen uns auch in der Pflicht, im Sinne der Remonstrati-  
on auf die massiven und für die Ausbildung unserer Schülerinnen und Schüler schädlichen Folgen hinzuweisen.

Die in der Neufassung der Kontingentstundentafel beschlossenen Kürzungen werden zu einschneidenden Maß-  
nahmen in der Stundentafel der Gemeinschaftsschulen führen.

In den letzten Jahren haben sich angesichts vielfältiger Probleme (genannt seien hier nur der massive Einfluss  
neuer „sozialer“ Medien auf die psychische und soziale Entwicklung unserer Kinder, die zunehmenden Heraus-  
forderungen durch Migration und einen wachsenden Anteil von Schülerinnen und Schülern, die Deutsch als  
Zweitsprache erlernen müssen, die wachsenden Gefahren extremistischer Beeinflussung und nicht zuletzt die  
nachhaltigen Auswirkungen der Corona-Krise auf die schulische Entwicklung) die Herausforderungen für die  
schulische Bildung erhöht. Angesichts dieser wachsenden Schwierigkeiten, die nicht allein die Kernfächer, son-  
dern die gesamte Spannbreite schulischer Bildung betreffen, werden reduzierende Eingriffe, wie sie der Erlass  
zur Kontingentstundentafel vorsieht, die prekäre Situation nur noch weiter verschärfen. Der Gemeinschafts-  
schulverband hat in seiner Eingabe vom 31. Dezember 2024 bereits darauf hingewiesen, dass dies die Gemein-  
schaftsschulen in besonderem Maße treffen wird. Insbesondere die Stundenreduzierung in den Gesellschafts-  
wissenschaften der Sekundarstufe I, aber auch im musisch-ästhetischen Bereich dürften mittelfristig gravieren-  
de Folgen haben und nebenbei zum Abbau von Lehrerstellen in unseren Schulen führen, die uns als Kollegium  
darüber hinaus belasten werden.

Die Eingriffe in die Kontingentstundentafel treffen die Gemeinschaftsschulen umso härter, weil diese stärker als beispielsweise die Gymnasien Anforderungen der Inklusion, aber auch der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationserfahrung bewältigen müssen.

Insbesondere Schulen wie die unsrige, die seit vielen Jahren einen musisch-ästhetischen Schwerpunkt ins Schulkonzept integriert haben, werden durch gravierende Kürzungen von Stunden im musisch-ästhetischen Bereich hart getroffen. Angesichts der Auswirkungen auf die Stundentafel wird es zusehends schwerer fallen, diesen erfolgreichen und von vielen Schülerinnen und Schülern sowie Eltern ausdrücklich gewünschten musisch-ästhetischen Schwerpunkt weiterhin glaubwürdig aufrechtzuerhalten.

Angesichts des Abbaus von sechs Jahreswochenstunden in einem Klassenzug von 5 – 10, der die Gemeinschaftsschulen stärker trifft und zu deutlichen Stelleneinbußen führt, muss außerdem befürchtet werden, dass dadurch unsere Schülerinnen und Schüler auch in Teilen den Anschluss in der Lernentwicklung im Vergleich zu den Gymnasien verlieren könnten; eigentlich sollte es selbstverständlich sein, dass die Gemeinschaftsschulen aber schon von ihrer Grundkonzeption darauf abzielen müssen, gleichwertige Lernerfolge zu erzielen und Schülerinnen und Schüler auch auf das Erreichen höherer Schulabschlüsse schon in der Sekundarstufe I vorzubereiten. Dieses Ziel aber, dem wir uns als Lehrerinnen und Lehrer der Gemeinschaftsschule verpflichtet fühlen (und dies auch gleichermaßen von unserem Ministerium erwarten) sehen wir durch die Einschnitte in die Stundentafel nachhaltig gefährdet!

Wir bitten alle im Ministerium für Bildung des Landes Schleswig-Holstein zuständigen Stellen, den Entwurf nochmals zu überdenken und zu überarbeiten, damit Einsparungen in der Bildung nicht auf Kosten unserer Schülerinnen und Schüler vorgenommen werden. Die Auswirkungen der geplanten Reform werden schließlich auch bei diesen und ihren Eltern realisiert werden und wohl kaum unbeantwortet bleiben.

Wir bitten aber zugleich auch um eine Stellungnahme aller hier Angeschriebenen.

Wir wären für ein Eingehen auf unsere Bedenken in jedem Fall dankbar, da wir dies auch als Wertschätzung unseres pädagogischen Engagements wahrnehmen würden – gleiches mit umgekehrten Vorzeichen dürfte gelten, wenn unser Schreiben unbeantwortet bleiben sollte.

Hochachtungsvoll

Der Personalrat der  
Gemeinschaftsschule  
XYZ

Das Kollegium der  
Gemeinschaftsschule XYZ



## Das AfD-Gutachten und die schulische Demokratiebildung

Lange wurde die Einschätzung des Bundesverfassungsschutzes zu einer möglichen rechts-extremistischen Prägung der Bundes-AfD – nicht nur einzelner ihrer Landesverbände – zurückgehalten. Genauso lange währten Spekulationen und Unsicherheiten, die auch ganz konkrete Auswirkungen auf den Umgang von Schulen mit dieser Partei hatten. Da als Grund für die Verzögerung explizit der vorgezogene Bundestagswahlkampf angegeben wurde, wussten viele Schulen nicht, wie sie in diesem Rahmen Podiumsdiskussionen gestalten sollten: Musste die AfD mit den anderen Parteien gleichbehandelt werden – der demokratischen Vielfalt zuliebe? Wie sollten Weltkunde- oder Politik-Lehrkräfte mit dem „Wahl-O-Mat“ umgehen? Wenn sich Schüler\*innen mit ihren Antworten, ob gewollt oder ungewollt, im Bereich der AfD wiederfanden – war das im Sinne schulischer Neutralität zu akzeptieren, vielleicht sogar als demokratische Meinungsäußerung zu begrüßen? Verstieß eine Lehrkraft gegen dieses Neutralitätsgebot, wenn sie Inhalte dieser Partei und Handlungsweisen ihrer Mitglieder kritisch kommentierte? An einzelnen Schulen machten sich auch Elternvertretungen dafür stark, die AfD gleichberechtigt miteinzubeziehen – mit der Begründung, sie sei ja „demokratisch gewählt“ und „nicht verboten“.

Die Unsicherheit hielt bis kurz vor dem Regierungswechsel an und es gab Vermutungen, dass das betreffende Gutachten noch gar nicht fertig sei oder andere wesentliche Mängel habe, die eine offizielle Stellungnahme unmöglich machten. Jetzt herrscht Klarheit: Auf über tausend Seiten hat der Bundesverfassungsschutz genügend Beweise zusammengetragen, um eine einwandfreie Einordnung der gesamten AfD als rechts-extremistisch zu gewährleisten. Diese Partei verfolgt ein Menschenbild und vertritt eine Auffassung von „Staatsvolk“, die nicht mit den Werten des Grundgesetzes vereinbar sind. Eine völkische und geradezu rassistische Definition, was „deutsch“ sei, und die geradezu zwanghafte Abwertung und Beschuldigung von Menschen, die nicht in dieses Raster passen, gefährden den sozialen Frieden im Land und die Demokratie!

Wenn das Etikett „rechtsextrem“ momentan seitens des Verfassungsschutzes nicht verwendet wird, dient das allein der Notwendigkeit einer gerichtlichen Klärung. Sobald diese erfolgt ist, können noch weitere Verfahren angestoßen werden, um die Demokratie wirksam gegen ihre derzeit stärkste Gefährdung, den Rechtsextremismus zu schützen.

Eine komplette Veröffentlichung des Gutachtens war eigentlich aus Gründen des Quellenschutzes vorerst nicht vorgesehen; nun wurden seine Inhalte aber journalistisch preisgegeben und somit kann hinter diesen Wissensstand auch niemand mehr zurück. Das hat, vor allem anderen und insbesondere vor einem möglichen Verbotverfahren, Folgen für die Zivilgesellschaft und auch für die Schulen! Eine erwiesenermaßen rechtsextreme Partei ist eben kein „normaler demokratischer Player“ und darf den Kindern und Jugendlichen auch nicht als solcher vorgestellt werden. Leider hat das wegen des Erlasses zur politischen Bildung keine Auswirkungen auf ihre Repräsentation auf Podien vor einer Wahl. Hier wäre eine Reform angebracht. Aber es ist legitim und im Sinne des Schulgesetzes sogar geboten, auf die Einstufung der Partei durch den Verfassungsschutz hinzuweisen. Abgesehen vom Umgang mit einer bestimmten Partei ist eine Unterrichtseinheit „Grundgesetz“ bereits in der Mittelstufe immer eine gute Idee!

Die GGG leistet hierbei, z.B. im Rahmen des Faches Weltkunde, gerne Unterstützung.



Cornelia Östreich, 22. Mai 2025



### ACHTUNG!

#### Die Bildungsvorstellungen der AfD zerstören die Grundfesten unserer Demokratie

Christa Lohmann

Das Ziel der GGG ist die eine Schule für alle. Die damit verbundene Diversität wird als Chance des kulturellen Reichtums gesehen, wenn Schülerinnen und Schüler gemeinsam lernen. Sie werden über Differenzierung und Individualisierung gefördert und ebenso zu selbständigem und wie kooperativem Lernen angeleitet. Die jungen Menschen sollen zu verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürgern heranwachsen, die fähig sind, aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzuhaben und es mitzugestalten. Diese Zielvorstellungen sind bislang bei weitem noch nicht für und in allen Schulen umgesetzt und erst recht gefährdet, sollten sich demnächst in einigen Bundesländern die politischen Konstellationen verschieben. Es ist deshalb wichtig, dass sich die GGG mit dem Parteiprogramm der AfD<sup>1</sup> auseinandersetzt, nicht zuletzt angesichts steigender Wählerzustimmung.

*So sieht der frühere SPD-Bildungsstaatssekretär in Berlin, Mark Rackles in der Bildungspolitik der Rechtspopulisten eine der zentralen Kampfarenen, um den gesellschaftlichen Diskurs nach rechts zu verschieben.<sup>2</sup>*

In dem o.g. Parteiprogramm zum Thema „Unser Schulsystem“ steht in einem Randkommentar „Schüler haben unterschiedliche Begabungen und Bedürfnisse. Deshalb lehnt die AfD alle Arten von Gesamt- oder Einheitschulen ab“ (S. 53). Folgerichtig befürwortet die Partei uneingeschränkt das Leistungsprinzip auf der Grundlage eines strengen Auslesesystems. Es könne nicht angehen, dass die Stärkeren von den Schwächeren und von Behinderten ausgebremst werden - „Inklusion sei ohnehin ein Ideologiekonstrukt“<sup>3</sup>. Aber der Erhalt von Förder- und Sonderschulen wird von der AfD unterstützt.

Das strenge Ausleseprinzip bedeutet homogene Klassen von autochthonen Schülern. Auch wenn verschiedene AfD-Funktionäre hier und da unterschiedliche Akzente setzen<sup>4</sup>, in einem Punkt herrscht absolute Übereinstimmung: Die Migration sei schuld an den schlechten Leistungsergebnissen unserer Schulen. Schule muss wieder der Förderung einer völkischen Elite dienen. „Leistungsbereitschaft und Disziplin stärken“ heißt ein Paragraph im AfD Programm (S. 54). Demzufolge fordert die AfD eine autoritäre Schule. Hartes Durchgreifen ist angesagt, z.B. mit Strafen wie ein Kind „In-die- Ecke-Stellen“ (Korn S. 29). Mit der autoritären Schule soll auch der jetzigen Verweichlichung Einhalt geboten werden. Echte Männlichkeit soll in der Erziehung wieder eine Rolle spielen, die durch Kampf, Wettbewerb und Gefahr erreicht wird, damit Männer wieder fortpflanzungsfähig würden. Der von der AfD-Spitze mit Redeverbot belegte Europa Abgeordnete Krah erzielte auf TikTok 1,4 Millionen Aufrufe mit dem Video „Echte Männer sind rechts, echte Männer haben Ideale, echte Männer sind Patrioten, dann klappt es auch mit der Freundin“ (Korn S. 22).

Vertreter der als rechtsextrem eingestuften AfD befürchten durch zu niedrige Geburtenquoten so etwas wie den Volkstod der Deutschen, dem sie mit einer lebensbejahenden Sexualpädagogik gegensteuern wollen. Wie zur NS-Zeit fordern sie den Mut zur Mutterschaft und einer kinderreichen, gesunden Familie. Der nächste Schritt ist folgerichtig ein Deutschland als Land der ethnisch Deutschen und die Re-Migration eine logische Konsequenz. Damit soll das Land sich gegen eine Zuwanderung von Menschen verteidigen, „deren Intelligenz nicht ausreiche, qualifizierte Berufe auszuüben“ (Korn S. 29).

Eine weitere Konsequenz der autoritären Schule ist das Demokratieverbot. „Politisch-ideologische Indoktrination darf es an der Schule nicht geben“ heißt es im Programm der AfD (S. 54).

<sup>1</sup> PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Stuttgart 2016

<sup>2</sup> Karl-Heinz Reith, freier Journalist, Das schärfste Schwert, in: Erziehung und Wissenschaft. 06/2024, S. 31

<sup>3</sup> So Höcke im MDR-Sommerinterview vom 03.09.2023

<sup>4</sup> Auf diesen Umstand verweist Erhard Korn, Mitglied im Vorstandsbereich Grundsatzfragen der GEW Baden-Württemberg, Exklusiv und National – die Bildungspolitik der Rechten, in: Erziehung und Wissenschaft, 06/2024, S. 28-30. Er hat verschiedene Wahlprogramme, Positionen sowie Äußerungen der extremen Rechten untersucht.



Mit Eintreten von Lehrkräften für Demokratie und Weltoffenheit verstoßen diese oder auch die Schulaufsichtsbehörden, so Björn Höcke, seit 2014 Vorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, gegen das Neutralitätsgebot, was geahndet werden müsse.<sup>5</sup> Schon 2019 baute die Thüringer AfD mit ihrem Landtagswahlprogramm ein Drohszenario auf, indem sie demokratischen Lehrkräften Disziplinarmaßnahmen und Strafverfolgung ankündigte. Im Bericht der E&W (06/2024, S. 30) wird in diesem Zusammenhang auf Burg in Brandenburg verwiesen, wo die rechte Szene Anfang 2023 in den sozialen Medien mit Stickern und Steckbriefen zur Jagd auf zwei engagierte Lehrkräfte aufgerufen hatte. Diese ließen sich 2023 versetzen, die Schulleiterin trat zurück.

Zur Programmatik der AfD in Thüringen gehört auch, Mittel für politische Bildung ebenso abschaffen zu wollen wie Landesprogramme für Toleranz und Weltoffenheit zu beenden. Dazu passt, dass Unterstützungen von Initiativen gegen Antisemitismus, Schulfahrten zum KZ Buchenwald oder andere zivilgesellschaftliche Projekte nach der Übernahme von Regierungsverantwortung durch die AfD sofort abgeschafft würden.

Was sich hier zusammenbraut, weckt übelste Erinnerungen an die Jahre nach Hitlers Machtergreifung. Wenige hatten damals Hitlers „Mein Kampf“ gelesen und waren später überrascht, dass man Vieles von den politischen Entscheidungen hätte wissen können, die Deutschland ins Unglück gestürzt haben. Hätte uns mehr Wissen retten können? Mit Sicherheit nicht allein. „Erleben und Handeln sind besser als Bücher“ schreibt El Mafaalani in einem Interview.<sup>6</sup> Politische Bildung ist unerlässlich in der Schule, aber noch wichtiger ist, dass Schülerinnen und Schüler eine demokratische Schule erleben, in der Teilhabe praktiziert wird und die jungen Menschen erleben, dass ihre Mitbestimmung Gewicht hat und ausgehandelte Kompromisse zu Lösungen führen können.

<sup>5</sup> S. Anm. 3

<sup>6</sup> Interview in den Kieler Nachrichten vom 24.06.2024

## NEWSLETTER GGG-BUND

Wir möchten Ihnen hier eine weitere Publikation der GGG ans Herz legen: Den Newsletter der GGG-Bundesorganisation. Dieses digitale Angebot soll Sie schnell über Aktuelles aus der GGG und dem Bildungsbereich informieren. Wir möchten Sie zudem mit Ankündigungen interessanter Veranstaltungen und Einladungen versorgen.



Wir halten dieses Angebot für eine bereichernde Ergänzung zu unserem Magazin „Die Schule für alle“ und der GGG-Homepage, mit der der Newsletter verknüpft ist und auf der Sie vertiefende Informationen und Einschätzungen erhalten.

Es würde uns sehr freuen, wenn wir Sie neugierig gemacht haben. Die bisher erschienenen Ausgaben finden Sie auf unserer [Homepage](#). Dort können Sie den Newsletter auch abonnieren.

Ihre Newsletter-Redaktion